

Rapid schlägt Innsbruck 7000 waren in Hütteldorf

WIEN (AZ). Vier Spiele der Ersten Division in der Fußballbundesliga erweckten die Hoffnung, daß die Zuschauerflaute behoben werden kann. Beim Grassl Stadterby zwischen Sturm — GAK (1:1) waren 12.000 Zuschauer, beim Spiel Rapiers gegen Innsbruck (3:1) in Hütteldorf 7000.

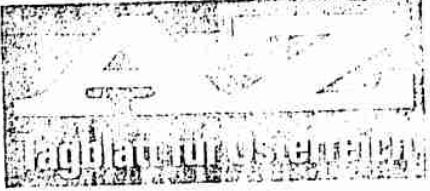
Den Fast-Meister Austria sahen in der Südstadt gegen Admira (1:1) 4000 Besucher, und nur das Match VOEST gegen Vienna (2:1) im Linzer Stadion ging vor der

schwachen Kulisse von 1000 Besuchern vor sich. Nach der 26. Runde führt Austria (41) vor Rapid mit 28 Punkten (Bericht auf Seite 13).

Einbrecher bei Anwalt Millionenbeute in Wien

WIEN (AZ). Das war eine „fette Beute“: beim Einbruch in die Wohnung des Rechtsanwalts Dr. Franz S. in der Nelkenasse in Wien-Mariahilf fielen den Tätern in der Nacht zum Samstag Schmuck, Pelzmäntel und Silbergeschirr um 1 Million Schilling in die Hände.

Die Einbrecher hatten offenbar ein leichtes Spiel. Sie dürften den Anwalt schon seit längerer Zeit beobachtet haben. Als Dr. Franz S. Freitag um 16 Uhr das Haus verließ, schlugen die Täter zu. Bei seiner Rückkehr gegen 21.45 Uhr fand der Rechtsanwalt nur noch die leere Wohnung vor. Eine Großfahndung läuft.



Sonntag, 26. Februar 1978 • Nr. 57 • S 3,50

Arbeiter-Zeitung • Liro 400, Din. 8, DM 0,60
GEGRÜNDET 1889 • TELEFON 53 56 16 • P. b. b.

Die U-Bahn hatte Premiere: Volksfest für 150.000 Wiener

Heute und alle Sonntage im März Gratisfahrt mit der U 1

WIEN (AZ). Einen Ansturm sondergleichen erlebte die Wiener U-Bahn, deren erstes Teilstück der U 1, Karlsplatz—Reumannplatz, am Samstag von Bundespräsident Kirchschläger und Bürgermeister Gratz eröffnet wurde. Fast den ganzen Tag über zählte man pro Stunde rund 50.000 Fahrgäste, die in den „Silberpfeilen“ das neue U-Bahn-Gefühl auskosteten. Auf dem Karlsplatz allein zählte man zeitweise 20.000 Neugierige.

Die Vorteile der Wiener U-Bahn könne man nicht erklären, die müsse man erleben, meinte der Wiener Bürgermeister und lud alle zu Gratisfahrten für heute und für alle Sonntage im März auf der U 1 ein. Der Run auf Wiens „Unterwelt“ ist pränotiert.

Bis 1981 werden die Linien U 1 vom Reumannplatz bis zum Praterstern, die U 4 zwischen Heiligenstadt und Hütteldorf sowie die U 2 zwischen Karlsplatz und Schottenring in Betrieb stehen. Bis zum Stephansplatz wird man schon nächstes Jahr fahren können. Bericht Seiten 2 und 3.



Tausende Wiener drängten sich in jeder U-Bahn-Station um eine erste Gratisfahrt mit der U 1

Die bürgerliche Presse, die nach den reich gespendeten Vorachtführern für Taus in rascher Ernüchterung Heldenverehrung so lange entbehren mußte, hat wieder einen Heiden. In Druckerschwärze als Alexander der Große bis „Alexander der Große“ gefeiert, wird der Grazer Bürgermeister und designierte FP-Obmann Götz zur Hoffnung für alle die, in deren seltsamer Optik sich die achtjährige Regierungszeit der Sozialisten gegenüber dem halben Jahrhundert konservativer Herrschaft in dieser Republik wie eine Unendlichkeit ausnimmt. „Zeichen und Wunder geschehen“, überpuzelt sich die „Presse“, und angesichts solcher Freude über den neuen Wundermann wird die zugleich übernommene Aufgabe, die Warnungen der Sozialisten vor einem neuen Bürgerblock

Ein Gespenst?

herunterzuspielen, zur mehr oder weniger gelungenen Selbstdarstellung gespaltenen Seiten. Der „Kurier“ jubelt mit Alexander der Große: „Mit OVP absolute SP-Mehrheit brechen!“ Daneben läßt sich der Kommentator Respekt für den frischgebackenen FP-Obmann abringen. Und während sich sein Chefredakteur auf Seite 3 über die angebliche Verteufelung des „Kurier“ durch die Sozialisten ausweint, zeigt Herr Rabi auf Seite 2, wie man dort selbst denkt (und es daher gar keiner Verteufelung, sondern nur der Lektüre des „Kurier“ bedarf), um sich über dessen Politik klarzuwerden! Gegen Götzens Befehl des Bundeskanzlers würden Betriebsratsproteste „organisiert“. So, als ob gegen eine Unanständigkeit in Österreich die Protesten organisiert werden müßten: offenbar geht das nicht in das Hirn gewisser „Kurier“-Redakteure, daß sich Empörung gegen etwas, das sich Herr Vorhofer in der „Kleinen Zeitung“ als „sprachvolle Derbheit“ zu definieren traut, spontan äußert. Und dann das Stichwort Bürgerblock! „Geisterbahn-niveau“, schallt es aus der diesen offenbar schon vorwegnehmenden Bürgerpresse, „Hirngespinnst“, „Dümmlichkeit“. Und auf den gleichen Seiten, auf denen die steirische Landes-hauptmann offenherzig das Projekt enthüllt, den Grazer Bürgermeister möglichst bald als Vizekanzler nach Wien loszuwerden, auf den gleichen Seiten, auf denen man sich ein gezwungenes Lächeln über eine VP-FP-Koalition selbst um den Preis des Amtes des Bundeskanzlers abringt, wird der Bürgerblock mit frommem Augenaufschlag zum Propagandaschlag der Sozialisten.

Bürgerblock, das heißt ja nach nicht-Bürgerkriegsarmee und grüne Diktatur. Aber es bedeutet die beuote Absicht, die stärkste gesellschaftliche Kraft in diesem Land von der politischen Verantwortung auszuscheiden und koste es, was es wolle. Und davor kann man gar nicht früh genug warnen.

Manfred Scheuch

Weiter Proteste gegen Götz Niederl will Bürgerkoalition nicht ausschließen

WIEN, GRAZ (apa). Die Proteste gegen den politischen Still von FPÖ-Obmannwärtner Götz ebten nur langsam ab. Samstag protestierte die Gewerkschaft Handel, Transport, Verkehr. Konzeptrecht machte der steirische ÖVP-Obmann Niederl Freitagabend für eine Bürgerkoalition Stimmung: „Eine ÖVP-FPÖ-Koalition auf Bundesebene ist nicht auszuschließen.“

Für Koalitionen seien alle Möglichkeiten offen, sagte Niederl, der zusammen mit seinem Parteifreund Krainer wesentlich beigetragen hat, daß der Grazer Vizebürgermeister Hasiba die Chance, Grazer Bürgermeister zu werden, vorbeigehen ließ. Niederl präsentierte auch seine alte Idee, eine Konzentration aller Parlamenten zu bilden, wieder. Eine „beispiellose Verrohung des

politischen Stils in Österreich“ ist in den Augen der Gewerkschaft Handel, Transport, Verkehr der Ausfall Götz gegen Bundeskanzler Kreisky. Die politische Auseinandersetzung in Österreich muß sich in einem Rahmen bewegen, der eines Mindestmaßes an Anständigkeit nicht entbehrt. Auch die Mitarbeiterkonferenz der SPO Wien-Hernals protestierte gegen die „provokante Äußerung“ Götz.

Amman bei Friedensgesprächen? Britanniens Außenminister um Vermittlung bemüht

BEIRUT (upl). Der britische Außenminister Owen führte Samstag in Amman Gespräche über eine mögliche Beteiligung Jordaniens an den ägyptisch-israelischen Friedensverhandlungen. Er konferierte mit Kronprinz Hassan, da König Hussein sich zurzeit in London aufhält, und mit Ministerpräsident und Außenminister Mudar Badran.

Jordanien macht nach Informationen aus Amman zur Bedingung, daß sich Ägypten und Israel zuvor auf eine Grundsatzklärung geeinigt haben, in der Israel zum Rückzug aus allen besetzten Gebieten bereit ist und das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anerkennt.

Owen reist heute Sonntag nach Israel. Politische Beobachter rechnen damit, daß Hussein im kommenden Monat unmittelbar nach dem Washingtonbesuch des israelischen Ministerpräsidenten Begin ebenfalls in die USA reist. In westlichen diplomatischen Kreisen Beirut hieß es Samstag, Präsident Carter würde gewiß nicht zu einem neuen Treffen mit Hussein bereit sein, wenn er nicht mit Koncessionen rechnen würde, die den Weg für eine Beteiligung Jordaniens an den Friedensgesprächen ebnet könnten. Dayan sprach sich für größere Flexibilität aus.

Dem Vernehmen nach plante der Präsident, die Bergleute unter dem Taft-Hartley-Gesetz zwangsverpflichten, was bis zu einem Geltungszeitraum von 80 Tagen möglich ist.

Friedliche Beilegung des US-Bergarbeiterstreiks

WASHINGTON (upl). Nach massivem Druck von seiten des Weißen Hauses haben sich Gewerkschaft und Unternehmer im amerikanischen Bergarbeiterstreik in der Nacht auf Samstag auf eine vertragliche Regelung des bereits 81 Tage dauernden Arbeitskampfes geeinigt.

US-Präsident Carter appellierte in einer Fernsehrede an die 160.000 in der Bergarbeitergewerkschaft organisierten Kumpel, der Regelung zuzustimmen, da sonst drastische Maßnahmen nötig sind.

Dem Vernehmen nach plante der Präsident, die Bergleute unter dem Taft-Hartley-Gesetz zwangsverpflichten, was bis zu einem Geltungszeitraum von 80 Tagen möglich ist.

Heute im TV
um 11 Uhr Diskussion mit
Bgm. GRATZ
zu den Themen Spitäler, Atomkraftwerke

Zukunft sichern

Starke Wirtschaftsimpulse sichern die Zukunft jedes einzelnen. Weil wir alle an die Zukunft glauben, sagen wir:

INVESTIEREN UND SPAREN
MIT DER **BANK FÜR ARBEIT UND WIRTSCHAFT**



In dieser Information für den österreichischen Staatsbürger wurde detailliert dargestellt, was das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz unternommen hat und weiter unternimmt, damit das Gemeinschaftskernkraftwerk Tullnerfeld bei Zwentendorf während seiner ganzen Betriebsdauer sowohl bei Normalbetrieb als auch bei einem eventuellen Störfall so wenig Radioaktivität an die Umgebung abgibt, daß keine Gesundheitsgefährdung für die Bevölkerung daraus erwächst.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz verlangt nicht nur, daß jeder Bestandteil und jedes System in jeder Hinsicht allen Anforderungen entspricht, sondern es kontrolliert auch bei jedem Schritt genauestens die strikteste Einhaltung seiner Auflagen. Seine Anforderungen beruhen auf dauernd ergänzten internationalen Erfahrungen und österreichischen Sicherheitsüberlegungen nach strengstmöglichen Kriterien. Sowohl bei der Ausarbeitung dieser Auflagen als auch bei der Überwachung ihrer Erfüllung sind hochqualifizierte unabhängige Sachverständige tätig, die sich am neuesten Stand der Entwicklung orientieren.

BÜRGERINFORMATION

Diese Ausführungen sind im Schlußwort einer "allgemeinverständlichen Bürgerinformation" des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz mit dem Titel "Die Sicherheit des Kernkraftwerks Zwentendorf" zu lesen, die in einigen Wochen in Broschürenform herauskommen wird und dessen zweiter Teil in Form eines Vorabdrucks den Mitgliedern des Unterausschusses des Parlaments, der sich mit dieser Frage beschäftigt, vor wenigen Tagen als Arbeitsgrundlage und Entscheidungshilfe zur Verfügung gestellt wurde.

Der erste Teil der Informationsschrift beschäftigt sich mit dem Wesen und den Wirkungen der Atomstrahlung und mit dem Strahlenschutz im allgemeinen, während der zweite Teil im besonde-

So sicher wird das Kernkraftwerk Zwentendorf

Der österreichische Staatsbürger wird informiert

ren alle Maßnahmen und Vorkehrungen schildert, die das Gesundheitsministerium seit 1971 getroffen hat und weiter trifft, um die Sicherheit des Kernkraftwerks zu gewährleisten.

NUMMER 1: DIE SICHERHEIT

Gleich zu Anfang des zweiten Teils unter der Überschrift "Nummer 1: die Sicherheit" heißt es: „Die Aufgabe der Konstrukteure und Erbauer eines Kernkraftwerks besteht, auf eine kurze Formel gebracht, darin, die gewonnene Energie mit einem möglichst hohen Wirkungsgrad aus dem Kernkraftwerk herauszuholen, aber die Radioaktivität durch mehrfache Barrieren und entsprechende Sicherheits- und Schutzmaßnahmen und -systeme darin eingeschlossen zu halten.“

Und die Aufgabe des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz besteht (nach dem Strahlenschutzgesetz), volkstümlich gesagt, darin, dem Erbauer eines österreichischen Kernkraftwerks ganz genau auf die Finger zu schauen, ob »für den Schutz des Lebens oder der Gesundheit von Menschen einschließlich ihrer Nachkommenschaft vor Schäden durch ionisierende Strahlen in ausreichendem Maße Vorsorge getroffen wird«, ihm dementsprechende Bedingungen und Auflagen vorzuschreiben und erst nach ihrer hundertprozentigen Erfüllung die Bewilligung zur Errichtung und nach Überprüfung und Erprobung der Anlage die Bewilligung zum Betrieb zu erteilen.“

prüfungen). Ein wesentliches Merkmal des behördlichen Verfahrens in Österreich ist die intensive Einschaltung unabhängiger Sachverständiger durch das Gesundheitsministerium für die Beurteilung der Sicherheit, für die Überprüfung der Störfallanalysen, die Anregung von Qualitätssicherungsprogrammen, für die Beratung, die Ausarbeitung von Gutachten, Auflagen und Bedingungen und für die Durchführung der begleitenden Kontrolle, die unregelmäßig und detailliert vorgenommen wird.

DIE SACHVERSTÄNDIGEN

Die Sachverständigen sind Universitätsprofessoren, Mitarbeiter der Österre. „wischen Studiengesellschaft für Atomenergie und insbesondere ihres Instituts für Reaktorsicherheit, Mitarbeiter des Technischen Überwachungsvereins und Amtssachverständige des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz und anderer Behörden. Die Gutachter müssen die neueste Entwicklung in dem auf dem Gebiet der Sicherheitstechnik führenden Staaten verfolgen und in ihre Überlegungen mit einbeziehen.

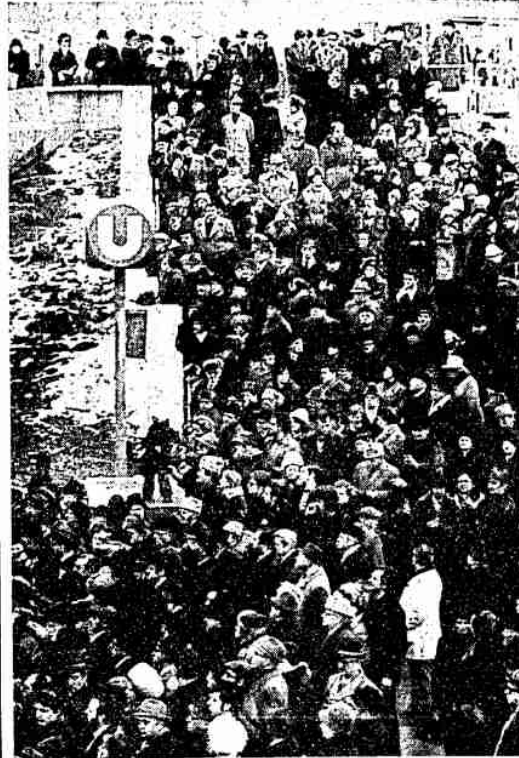
Die Bürgerinformation, die viele bisher meist unbekannt Details enthält, legt alle von Strahlenschutzgesetz und Strahlenschutzverordnung geforderten Sicherheitsvorkehrungen dar: den vorläufigen und den endgültigen Sicherheitsbericht, das Betriebsanhandbuch, die Betriebsaufzeichnung, die Beweisicherung und Umgebungsüberwachung und den Alarmplan, und wie das Gesundheitsministerium seinem Gesetzesauftrag nachkommt.

ZWEI ALARMPÄNE

Aus den Ausführungen ergibt sich, daß neben dem örtlichen Alarmplan, der vor der Genehmigung durch die Behörden (Gesundheitsministerium und Zentralarbeitsinspektorat) steht, auch ein überörtlicher Alarmplan nötig ist. Für diesen sind jedoch der Landeshaushalt und die Landesregierung von Niederösterreich und die Behörden der allgemeinen und örtlichen Sicherheitspolizei zuständig.

Ein wesentlicher Passus der Informationsschrift lautet: „Im Sinne der Sorgfalt nach dem Strahlenschutzgesetz macht das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz eine Betriebsbewilligung des Kernkraftwerks Zwentendorf davon abhängig, daß die Kette der Versorgungsmaßnahmen geschlossen oder als geschlossen anzusehen ist. Dementsprechend muß zum Zeitpunkt der Betriebsbewilligung feststehen, welches Schicksal die abgebrannten Brennelemente haben werden.“

Die AZ wird berichten, wenn die Broschüre „Die Sicherheit des Kernkraftwerks Zwentendorf“ in einigen Wochen für Interessierte erhältlich sein wird.



Menschenmassen drängten sich zu den Silberpfeilen der U 1

Umfangreiche Störfallanalysen

Wegen des gewaltigen Vorrats an strahlensendenden Stoffen müssen an ein Kernkraftwerk ungewöhnlich hohe Anforderungen hinsichtlich der Rückhaltung und Dichtigkeit gestellt werden. Bei keiner Möglichkeit lassen sich Störfälle nach durch noch so hohen Aufwand völlig ausschließen. Trotz aller Sorgfalt können sie auch in Kernkraftwerken auftreten. Wesentlich ist es jedoch, daß auch für diesen Fall Vorkehrungen getroffen sind, um ihre Auswirkungen so niedrig zu halten und zu begrenzen, daß die Umwelt nicht geschädigt wird. Die freigesetzte Radioaktivität selbst in der unmittelbaren Umgebung des Kernkraftwerks muß unterhalb der (nach der Strahlenschutzverordnung) höchstzulässigen Aktivitäten und Konzentrationen liegen.

Um das zu gewährleisten, werden ausnahmslos bei allen Kernenergieanlagen auf der ganzen Welt umfangreiche Störfall- und Sicherheitsanalysen für den denkbarsten Störfälle theoretisch und experimentell durchgeführt, und zwar mit einem Aufwand und einer Systematik, die in den anderen Bereichen der Industrie nicht ihresgleichen haben. An Hand ex-

tremer Annahmen muß nachgewiesen werden, daß die vorhandenen Schutzmaßnahmen und Sicherheitseinrichtungen alle vorstellbaren Störfallabläufe entweder von vornherein unmöglich machen oder so begrenzen, daß sie keine schädlichen Auswirkungen auf die Bevölkerung haben können.

ZUSATZSYSTEME

Die Störfallanalysen dienen der Auslegung von konstruktiven Änderungen, baulichen Schutzmaßnahmen und zusätzlichen, für den normalen Reaktorbetrieb überhaupt nicht benötigten Begrenzungs- und Sicherheitssystemen (Reaktorschutzsystem, Notkühlsystem, Notstromversorgungseinrichtungen, Sicherheitsbehälter usw.). Diese müssen dann eingreifen, wenn durch einen Störfall die normale Funktionsfähigkeit der Anlage nicht mehr gewährleistet wäre.

In der Broschüre wird der Ablauf der Bewilligungsverfahren, die Begutachtung und die sogenannte begleitende Kontrolle beschrieben (Vorprüfungen, Bauprüfungen, Funktions- und Abnahmeprüfungen, Wiederholungs-

U-Bahn-Geflüster

Mit einer Demonstration der Sicherheitsschaltung begann der erste Betriebstag auf der Rolltreppe zum Bahnsteig der U 1 auf dem Karlsplatz: Waren es die Menschenmassen oder wir's die Drängerei, die Sicherheitsschaltung für die Rolltreppe schaltete jedenfalls die Treppe ab. Die Heiterkeit der Festgäste wurde allerdings zu schallendem Gelächter, als die Reparatur- und Schaltkommentare der Mechaniker auch aus dem Lautsprecher auf den Bahnsteig übertragen wurden.

Größes Größ und unbeschreibliche Drängerei herrschte bei den Fahrtscheinautomaten, wo die „Ersttagsfahrtscheine“ gestempelt wurden. Den Vienstempel wurden die Fahrtscheine Apparat kam aus dem Bimmel gar nicht heraus.

Die Ausstellung des Kultur- und Sportvereines der Verkehrsverbände — es gab Straßenbahn-, Stadtbahn- und U-Bahn-Modelle und eine stark beachtete Briefmarkenschau der Briefmarkensektion unter den Tramwayern zu sehen — und der Schalter des Ersttagspostamtes mit Marken und Postkarten, waren auf dem Karlsplatz dauernd umlagert. Die Mittagspause mußte erzwungen werden.

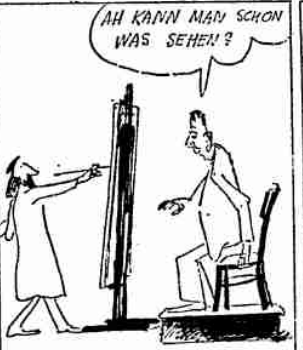
Die Fahrpläne für die Straßenbahnen und Autobusse um den Reumannplatz kamen stark durcheinander. Die Menschenmassen standen so dicht, daß die Polizeibeamten den Zügen den Weg bahnen mußten.

Aus den Fenstern der Häuser am Reumannplatz und in der Fußgängerzone Favoritenstraße hingen Menschentrauben mit Photoapparaten und Filmkameras. Es dürfte allerdings übertrieben sein, wenn manche Leute erzählen, daß die Fensterplätze vermietet worden sind.

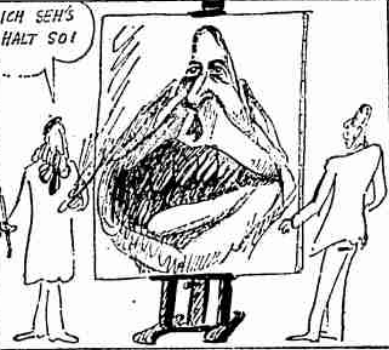
Schon um 9 Uhr gab es rund um den Reumannplatz und um den Karlsplatz keine Parkplätze mehr.

Unter den Festgästen befanden sich neben Bundespräsident Kirchschläger und Bürgermeister Gratz die Ministerinnen Firnberg und Leodolter, die Minister Rössch, Weißenberg, Lunc und Lausecker, die Präsidenten des Nationalrates Benya, Minkowitsch und Probst, Landtagspräsidentin Hawka, Arbeiterkammerpräsident Czettel, Bundeskammerpräsident Sallinger und der Wiener Handelskammerpräsident Dittrich sowie auch Altbürgermeister Felix Slavik und die Mitglieder des Wiener Stadtsenats.

Fehls Wochenschau



Porträt eines Obmannes



Gemma U-Bahn fahr'n: Ansturm fast zu groß

Gratisfahrten heute und an allen Sonntagen im März — Pro Stunde rund 50.000 Fahrgäste — Die Eröffnung war ein Volksfest

VON AZ-REDAKTEUR ALFRED KÖLBEL

„Gemma U-Bahn fahr'n“ schien gestern die Parole der Wiener gewesen zu sein. Zur Eröffnung des ersten Teilstückes der U1 waren auf dem Karlsplatz 20.000 und in Favoriten über 10.000 Wienerinnen und Wiener gekommen, bis weit in die Nachmittagsstunden hinein ließen sich pro Stunde an die 50.000 in den Silberpfeilen zwischen Karlsplatz und Reumannplatz befördern, teilweise mußte die Polizei überhaupt die Stationen sperren, sonst wäre es womöglich noch zu einem Unglück gekommen.

Der erste Tag brachte für Wiens neue U-Bahn jedenfalls einen stundenlangen Ansturm, wie man ihn sonst nicht einmal zur Zeit der übrigen Verkehrsspitzen zu erwarten haben wird.

„Die Vorteile der Wiener U-Bahn kann man nicht erklären, die muß man erleben“, meinte Bürgermeister Gratz bei der Eröffnung und lud die Wiener nicht nur für heute, sondern für alle Sonntage des März zu Gratisfahrten auf der neuen U1 zwischen Reumannplatz und Karlsplatz ein.

Es wäre halt schön, wenn sich auch an Wochentagen mehr Menschen als bisher durch die U-Bahn bewegen ließen, für den Weg von und zum Arbeitsplatz vom eigenen Auto auf ein öffentliches Verkehrsmittel umzusteigen. In etwas mehr als sieben Minuten durchrasen die Silberpfeile die über drei Kilometer lange Strecke. Spitzen-geschwindigkeit 80 km/st. Mit diesem Tempo nimmt es kein anderes Verkehrsmittel in der Großstadt auf.

Kein Zweifel, die U-Bahn kommt bei den Wienern an, nun muß sich zeigen, ob das Umsteigen auf dem Reumannplatz an normalen Betriebstagen so reibungslos und ohne wesentlichen Zeitverlust vor sich geht, wie das die Fahrpläne der Verkehrsbetriebe vorsehen.

Gestern jedenfalls war es ein Volksfest mit Musik, viel Wirbel und Begeisterung. Und es tat der Stimmung keinen Abbruch, als bei einer Garnitur die automatischen Türen Schwierigkeiten machten, weil die Drängerei in den Stationen — trotz des Aufgebots von fast 400 Polizisten — manchmal einfach zu groß wurde. Auch die Dreifachgarnituren — wie sie im normalen Betrieb gar nicht notwendig sind, dort kommt man mit 600 Personen fassenden Doppelgarnituren aus — bewältigten den Ansturm nicht. Und am häufigsten hörte man in den Silberpfeilen: „Was? Wir sind schon da?“ Ehe sich's die meisten bequem gemacht hätten, war man schon am Ziel.

Und weil es so interessant war, führen viele gleich ein paarmal zwischen der Innenstadt und Favoriten hin und her.

Beindruckt zeigten sich nicht nur die Wiener, beeindruckt waren auch die Vertreter anderer europäischer U-Bahnen. Daß die Wiener U-Bahn erst jetzt gebaut wurde, hat sicherlich Nachteile; es hat aber auch den Vorteil, daß Wien nun über die modernste und sicherste U-Bahn der Welt verfügt. Der Fahrer etwa gibt nur das Startsignal und überwacht die Fahrt, alles andere geht automatisch, von Computern und Elektronen kontrolliert.



„Ein technisches Meisterwerk“ Bisher 13 Milliarden verbaut

Als technisches Meisterwerk bezeichnete Bundespräsident Doktor Rudolf Kirchschläger die Wiener U-Bahn. Das Jahr 1978 wird in der Verkehrsgeschichte — Österreichs und der Bundesrepublik — verankert wie das Jahr 1898, in dem die Wiener Stadtbahn ihrer Bestimmung übergeben wurde.

Von den 50 U-Bahnen der Welt wurden 20 innerhalb der letzten zehn Jahre erbaut. Das zeigt, daß nach modernen, auf der ganzen Welt erworbenen Erkenntnissen die Untergrundbahn gerade jenes Verkehrsmittel sei, das als das tauglichste zur Lösung der Verkehrsprobleme einer Großstadt angesehen werden müsse, sagte der Bundespräsident, der auch meinte, die Untergrundbahn sei ausgerichtet auf Schnelligkeit, Sicherheit, Komfort für den Benutzer und Schönheit der Einrichtungen.

Er gratulierte den Bewohnern Wiens zu dem bisher vollbrachten Werk. Die U-Bahn sei ein Werk, das überwiegend auf der Finanzkraft dieser Bundeshauptstadt, der Kirchschläger gedachte auch den beiden Arbeitern, die beim U-Bahn-Bau ihr Leben lassen mußten.

Dieses Bauwerk werde auch den Ruf Wiens als Weltstadt und Stadt der internationalen Begegnung mehren, sagte der Bundespräsident und öffnete dann offiziell die Tore zur U1.

Die Wiener U-Bahn ist ein großes Bauwerk, das auch in den nächsten Jahrzehnten nicht fertig werden wird, sagte Bürgermeister Leopold Gratz in seiner Eröffnungssprache. Jetzt müsse er erst einmal Danke sagen: den Planern, den Technikern und Arbeitern und nicht zuletzt den Wienern, die mit Geduld die durch den Bau verursachten Belastungen ertragen haben.

Beim U-Bahn-Bau waren 20 Architekten beschäftigt, 220 Firmen waren beim Rohbau tätig, 140 Unternehmungen beim Innenausbau. Auf den Baustellen fanden rund 1450 Menschen Arbeit, wie viele in den Betrieben und Werkstätten an der Wiener U-Bahn mitarbeiteten, läßt sich genau gar nicht feststellen. Die zuständigen Magistratsstellen setzten beim U-Bahn-Bau 30 Diplom-Ingenieure, 38 Techniker und 33 Werkmeister ein, hundert Mitarbeiter der Verkehrsbetriebe hatten ebenfalls maßgeblichen Anteil an der U1. Und nicht zuletzt hob der Bürgermeister die Mitarbeit der Exekutive und des

Bundesheeres hervor, das die provisorischen Brücken montiert und wieder abgebaut hat.

Ein Dankeschön sagte Gratz dem Steuerzahler, der die U-Bahn ermöglicht und bezahlt hat. Bisher wurden 13 Milliarden Schilling für den Bau der Wiener U-Bahn verwendet, der Bund hat dazu 1,7 Milliarden beigetragen.

Geographisch sei die Wiener U-Bahn sicherlich ein Nahverkehrsmittel, bevölkerungsmäßig aber erschließt sie ein Gebiet, in dem mehr Menschen wohnen als in jeder anderen österreichischen Stadt.

Als Wirtschaftsfaktor habe die Wiener U-Bahn für ganz Österreich Bedeutung, meinte der Bürgermeister.

Der für die U-Bahn zuständige Stadtrat Franz Nekula gab bei der Eröffnung des ersten Teilstückes der U1 den „Fahrplan“ für den weiteren U-Bahn-Bau bekannt:

- Noch heuer fährt die U4 von Heiligenstadt zum Schottenring und zum Karlsplatz.
- 1979 wird man mit der U1 den Stephansplatz erreichen können.
- 1980 wird die U2 den Betrieb aufnehmen.
- 1981 wird man mit der U1 bis zum Praterstern und mit der U4 bis nach Hütteldorf fahren können.

Vom „Silberpfeil“: Wann, was, wo, wie?

In den Spitzenzeiten wird die U-Bahn in Drei-Minuten-Intervallen verkehren. Die Züge werden in den Zwischenzeiten mit Intervallen von fünf Minuten fahren. Nach 20.30 Uhr werden die Wartezeiten auf siebenminütige Minuten ausgedehnt. Der erste Zug fährt vom Reumannplatz um 5.20 und vom Karlsplatz um 5.35 Uhr ab; die letzten Züge fahren vom Karlsplatz um 0.15 und vom Reumannplatz um 0 Uhr ab.

Die Höchstgeschwindigkeit, mit der sich die Silberpfeile durch Wiens Unterwelt bewegen, liegt bei etwa 80 Stundenkilometern. Daraus ergibt sich, rechnet man die Haltezeiten in den Stationen dazu, eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 34 Stundenkilometern. In eine U-Bahn-Garnitur, sie besteht aus zwei Doppeltriebwagen, können rund 600 Menschen einsteigen, sie werden in sieben Minuten vom Karlsplatz zum Reumannplatz befördert.

Abgestellt und gewartet werden die U-Bahn-Züge in der Endstation Reumannplatz. Kleinere Reparaturen und das regelmäßige Service werden im U-Bahn-Bahnhof auf der Wasserleitungswiese durchgeführt. Für größere Reparaturen müssen die Silberpfeile in die Zentralwerkstätte in Simmering.



Bundespräsident und Bürgermeister auf dem Weg zur ersten Fahrt mit der U1 vom Karlsplatz zum Reumannplatz (Bild oben). Nicht nur im ersten Zug herrschte eine Riesendrängerei, an der die Fotografen (Bild links) keinen geringen Anteil hatten, den ganzen Tag waren die Silberpfeile gesteckt voll (Bild ganz oben), so viele Wiener wollten das neue U-Bahn-Gefühl auskosten. (Alle Photos Henisch)

SGP LÖST PROBLEME NACH MASS

SGP SÜßBAU-INGENIEUR-GESELLSCHAFT
2071 Wien, Mariahilfer Straße 32

... die Silberpfeile für Wiens U-Bahn